

Blätterrauschen oder Sturmzeichen? Grossrats- und Regierungsratswahlen 1988

Autor(en): Arnold Schneider

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1988

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/f5eb0b02-5ba4-45e6-822c-f9b1417a3ce1>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Blätterrauschen oder Sturmzeichen?

Grossrats- und Regierungsratswahlen 1988

Aristoteles, der berühmte Schüler Platons und der Lehrer Alexanders des Grossen, hat den Begriff geprägt, der Mensch sei ein «zoon politikon», sei ein politisches Geschöpf. Die Frage, ob der griechische Philosoph heute zu einer ähnlichen Formulierung käme, wollen wir offenlassen. Die Vorstände aller Parteien strengen sich im Vorfeld von Wahlen an, das in den Herzen der Bürgerinnen und Bürger mottende politische Feuerlein zum Lodern zu bringen. Gewiegte Parteistrategen legen ihr Werbekonzept so an, dass sie Stände- und Nationalratswahlen zusammen mit den Grossrats- und Regierungsratswahlen in einem Paket schnüren. Bekanntlich finden die eidgenössischen Wahlen in unserem Kanton drei bis sechs Monate vor den kantonalen statt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Nationalratswahlen ein ausgezeichnetes Barometer darstellen. Die Resultate der Grossratswahlen hängen eng mit den Ergebnissen der eidgenössischen Wahlen zusammen.

Die Nationalratswahlen 1987 bieten vom Resultat her nur gerade Konstanz. Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten behalten je zwei Mandate, die POB und der Landesring je einen Sitz. Unangefochten wird Carl Miville (SP) als Ständerat bestätigt. Fünf Punkte sind anzumerken:

1. Gegenüber 1983 ist die Stimmbeteiligung leicht zurückgegangen.
2. Neben den traditionellen Parteien sind neue Gruppen auf den Plan getreten: die Volksaktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten (VA);

die Grünen; die Grüne Partei (GP); die Grünen Alternativen (GAB); die Grüne Mitte; der Blaue Planet; die Sozialliberale Partei europäischer Föderalisten.

3. Der Block der «Bürgerlichen», Freisinnige (FDP), Liberale (LDP) und Christlichdemokraten (CVP), hat leicht an Wählerstimmen gewonnen.

4. Der Block der «Linken», Sozialdemokraten (SP), Partei der Arbeit (PdA) und die Progressive Organisation Basel (POB), hat massive Verluste erlitten.

5. Die Liberalen gewinnen ihren Nationalratssitz zurück (Prof. Martin H. Burckhardt, Architekt); die CVP verliert ihr Mandat (Dr. Hugo Wick, Arzt).

Die Punkte 2 und 5 sind zu kommentieren.

Zu 2. Es fällt auf, welchen Symbolwert das Wort «Grün» erlangt hat. Immer mehr Basler fragen sich, ob sie für den Wohlstand des zu Ende gehenden Jahrhunderts nicht einen zu hohen Preis gezahlt haben. Bürgerin und Bürger wollen Klarheit gewinnen und überlegen, ob sie nicht im Einklang mit der Natur glücklicher leben können. Der Stadtmensch – das wird immer deutlicher – braucht die freie Natur, um einen Ausgleich zur Arbeit zu finden. Der Ruf nach Baumschutz und das Verlangen, Grünflächen in der Stadt zu erhalten und wenn möglich auszudehnen, sind Anzeichen dafür, dass der Mensch die Zeichen erkannt hat. Das Ereignis «Schweizerhalle» vom November 1986 hat die Situation in und um Basel akzentuiert.

Es sticht in die Augen, dass nicht nur die Partei der Nationalen Aktion (NA) zugenommen hat, sondern dass sogar eine neue Gruppierung auf Antrieb so stark geworden ist wie die Vereinigung Evangelischer Wähler (VEW) und doppelt so stark wie die Partei der Arbeit, nämlich die Volksaktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten. Humanität und Humanismus verpflichten. Jeder von uns muss mit der Frage fertig werden, ob «das Boot voll ist».

Zu 5. Zwar hat der Bürgerblock insgesamt Wählerstimmen gewonnen; innerhalb des Bündnisses aber haben die CVP marginal verloren, die Liberalen deutlich zugenommen. Letztere haben die Stimmen von der FDP bezogen. In Zah-

len: LDP 43000, FDP 39000, CVP 35000. Der verdiente Arzt Dr. Hugo Wick ist abgewählt worden, der Newcomer Prof. Martin H. Burckhardt zieht in Bern ein.

Im Rückblick darf festgehalten werden: der Werbeaufwand der Liberalen hat die in Basel üblichen Grenzen gesprengt. Die Wahlstrategen haben die ihnen zugestanden Mittel gezielt für Zeitungsinserte eingesetzt. Parallel zur Quantität der Mittel ging aber auch die Qualität der politischen Argumente einher.

Wenden wir uns vorerst den Grossratswahlen zu! Was vor vier Jahren über die Tätigkeit des Parlamentes ausgeführt worden ist, könnte wiederholt werden. Der Aussenstehende gewinnt

Stimmenanteile und Mandate der Parteien bei den Grossratswahlen 1976 bis 1988

	1988		1984		1980		1976	
	Anteil in %	Mandate						
FDP	13,3	19	14,9	21	15,2	22	12,7	18
LDP	10,8	15	10,1	15	13,7	18	14,8	19
CVP	10,9	15	11,9	15	13,1	18	12,6	16
(«Bürgerliche»)	35,0	49	36,9	51	42,0	58	40,1	53
SP	18,8	27	19,9	28	26,5	37	28,6	39
DSP	8,1	9	8,2	11	-	-	-	-
PdA	2,2	2	2,6	3	4,4	6	5,3	8
POB	7,8	12	8,9	15	9,1	13	5,5	7
(«Linke»)	36,9	50	39,6	57	40,0	56	39,4	54
VEW	5	7	8,3	10	7,0	7	5,9	6
LdU	6,2	8	5,4	5	5,2	5	6,7	8
(«Ungebundene»)	11,2	15	13,7	15	12,2	12	12,6	14
NA	8	10	5,7	7	3,8	4	6,8	9

(Die komplizierten Verhältnisse in Reihen und Bettingen erlauben zwar die Zuteilung der Mandate, nicht aber Genauigkeit bei der Ausrechnung der Anteile. Die Zahlen der vorliegenden Tabelle stimmen nicht immer mit den Zahlen im Statistischen Jahrbuch überein.)

aus den Zeitungsberichten über die Ratssitzungen den Eindruck, dass grosse Figuren fehlen, dass bedeutende Vorlagen zerredet werden, dass Kleinkariertheit bei vielen Voten mit Händen zu greifen ist und dass zum Teil wichtige Beschlüsse mit knappem Mehr oder gar mit Zufalls-Mehr zustande kommen. Die Ergebnisse der Wahlen von 1988 – das sei vorweggenommen – werden die Situation verschärfen. Neu ziehen 37 Ratsmitglieder ins Parlament ein. Ausgangspunkt der Betrachtungen sind die eingestreuerten Tabellen. Einen ersten, wenn auch unvollständigen Überblick gewinnt der Leser aus der Übersicht «Stimmenanteile und Mandate 1976–1988».

Vergleichen wir die Jahre 1980 und 1988 miteinander, so steht fest: der Wähleranteil der «Bürgerlichen» hat um 7%, derjenige der «Linken» um 3,1%, jener der «Ungebundenen» um 1% abgenommen; mit anderen Worten: von insgesamt 130 Sitzen konnten die drei Gruppierungen vor acht Jahren 126 Mandate für sich buchen, 1988 noch deren 114, d.h. die «Bürgerlichen» verloren innerhalb von acht Jahren neun Mandate, die «Linken» sechs; die Gruppe der «Ungebundenen» hat sich gehalten, ja leicht verbessert. Die Polarisierung Bürgerlich–Linke besteht weiterhin im gleichen Verhältnis.

Einblick in die kleinen, im ganzen nicht ungefährlichen Verschiebungen gibt uns die nachstehende Übersicht, wobei die freien Listen auf die verschiedenen Gruppierungen verteilt worden sind.

In Grossratssitze umgerechnet, heisst das: Die «Bürgerlichen» verlieren zwei, die «Linken» sieben Mandate; die «Ungebundenen» bewahren ihren Besitzstand; die «Ausländerkritischen» gewinnen vier und die Grünen fünf Sitze.

Volksrechte haben ihren Preis. Kommentarlos seien aus dem Kantonsblatt aufgelistet: Basels l. Fasnachts-Partei; Rentner in den Grossen Rat; Freies Kleinbasel; Homosexuelle Liste Basel; Eidgenössische Demokratische Union;

Parteistärken bei den Grossratswahlen 1984 und 1988, bei den Nationalratswahlen 1987, in %

	GR 88	NR 87	GR 84
«Bürgerliche» FDP, LDP, CVP	34,99	33,43	36,91
«Linke» SP, DSP, PdA, POB	36,94	37,26	40,54
«Ungebundene» VEW, LdU	11,23	13,94	12,62
«Ausländerkritische» NA, VA	10,07	11,39	5,92
«Grüne» u.a.	6,77	3,98	4,01

Wir Hausfrauen; Frauenliste der Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt; Blauer Planet.

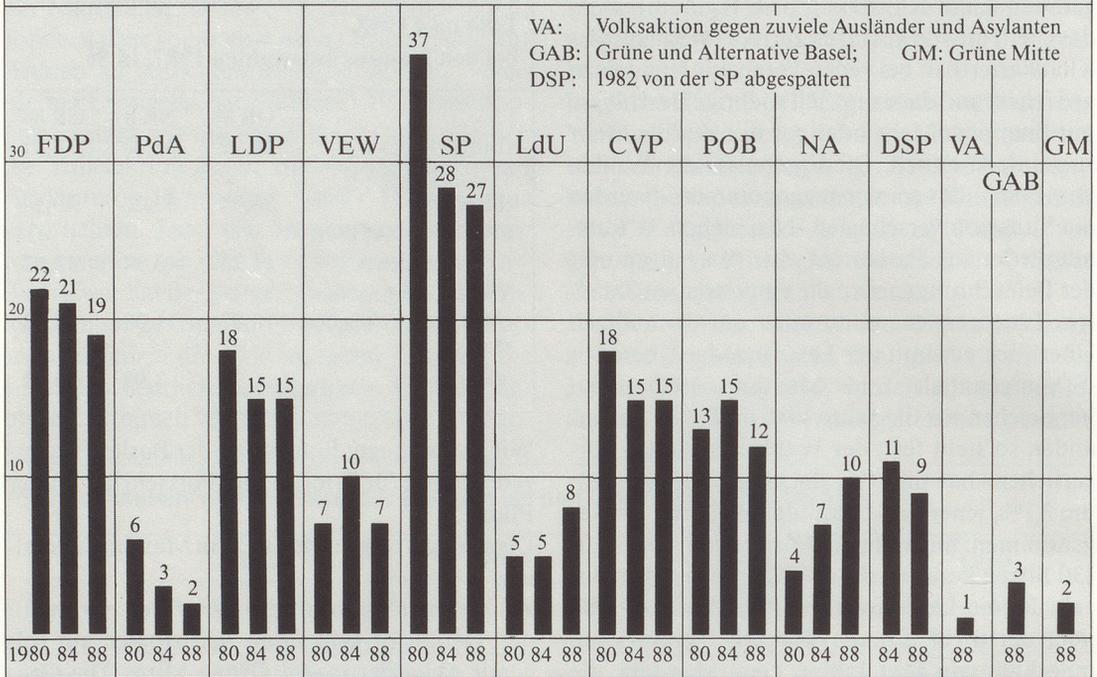
Diesen Splittergruppen ist kein Mandat zugefallen.

Zu kommentieren ist die Welle der «Grünen»; der Vielfalt ist kein Ende. Wir stossen auf folgende Schattierungen: Grüne Mitte, Die Grünen Basel-Stadt, Grüne und Alternative Basel, Die Super-Grünen; schliesslich hat sich auch die POB dem Trend angepasst und erscheint auf den Wahllisten mit der Bezeichnung POB/POCH–Grüne.

Dem Aussenstehenden fällt es schwer, die verschiedenen Nuancen Grün auseinanderzuhalten. Die laufende Legislaturperiode wird aufzeigen, ob es sich um eine heterogene Gruppierung handelt oder ob es zu einer gewissen Geschlossenheit im Auftreten kommt. Der Sprecher einer Untergruppe erklärte nach den Wahlen: «Als erstes wollen wir uns in einer Art Klausur mit der grünen Zukunftsperspektive auseinandersetzen; wir wollen Grundsätze diskutieren und nicht in Details ertrinken.» So weit, so gut!

Das Auf und Ab in der Wählergunst spiegelt die Tabelle wider «Sitzverteilung bei den Wahlen

Sitzverteilung bei den Wahlen 1980, 1984 und 1988



1980, 1984 und 1988». Die Übersicht bedarf keines Kommentars.

Gehen wir davon aus, dass die verschiedenen Parteien in wichtigen Sachfragen eine gewisse Geschlossenheit an den Tag legen, so stehen sich die «Bürgerlichen» und die «Linken» beinahe gleich stark gegenüber. Vom Mandats-Kuchen schneiden sie sich 72% ab; für die übrigen Gruppierungen bleiben also 28%. Die beiden Hauptblöcke stellen die sieben Regierungsräte. Im Klartext bedeutet das: sind die Regierungsparteien einig, so bringen sie im Parlament ihre Vorlagen problemlos durch; sind sie sich aber nicht einig – wie oft geschieht das – so ist der eine oder andere Block auf die alles entscheidende Unterstützung der übrigen Gruppierungen angewiesen. Weil deren Spektrum so vielfarbig ist, müssen von Fall zu Fall Bündnisse

eingegangen und Konzessionen gemacht werden. Das Parlament wäre gegenüber der Exekutive am kürzeren Hebelarm, wäre der Regierungsrat ein homogenes Gremium.

Wenden wir uns den Regierungsratswahlen zu! Für den Gang der Schweizergeschichte ist es unerheblich, ob in Basel ein Regierungsrat schon im ersten Wahlgang in die Exekutive gewählt wird. Eine kantonale Regierung kann sich durch Effizienz und gestaltenden Willen auszeichnen, auch wenn das eine oder andere Mitglied die Wahlhürde erst im zweiten Anlauf genommen hat. Neuportierte Regierungsratsanwärter müssen sich in der Regel (1972 bis 1984) im zweiten Wahlgang durchsetzen; in den schönen alten Zeiten (1953 bis 1966) sind die Kandidaten schon im ersten Wahlgang zum Ziel gekommen.

In Erinnerung gerufen sei die Wahlschlacht von 1984. Von den Bisherigen wurden Kurt Jenny und Eugen Keller im ersten Wahlgang, Karl Schnyder und Peter Facklam im zweiten gewählt, ebenso die neuen Hans-Rudolf Striebel, Mathias Feldges und Remo Gysin. Was selten vorkommt: Hans-Rudolf Schmid, der Sanitätsdirektor, wurde abgewählt.

Das Regierungs-Team 1984 setzte sich zusammen aus vier Bürgerlichen, zwei Sozialdemokraten und einem Vertreter der DSP. Die Ergebnisse der Nationalratswahlen 1987 zeigen auf, dass die Wähler Mutter (SP) und Tochter (DSP) nahe zueinander bringen. Der harte Kern der SP hat sich aber damit nicht abgefunden, dass sich die DSP selbständig gemacht hat. Bei den Regierungsratswahlen 1988 erhoben die Sozialdemokraten Anspruch auf einen dritten Sitz; sie portierten eine Frau, eine profilierte Grossrätin. So musste es zu einer harten Auseinandersetzung kommen. Gefährdet war der Sitz eines bürgerlichen Regierungsrates. Die Ausgangslage wurde zusätzlich kompliziert: die beiden Sozialdemokraten haben in der Legislaturperiode 1984–88 ihren eigenen Stil entwickelt und – was während der letzten dreissig Jahre verpönt war – gewisse Fehden und Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit ausgefochten. Brave bürgerliche Parteistrategen hofften, Wählerinnen und Wähler würden darauf negativ reagieren. Sie haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Die Parteien erhoben auf den Schild: die *Bisherigen* Kurt Jenny und Hans-Rudolf Striebel (FDP), Peter Facklam (LDP), Eugen Keller (CVP); Mathias Feldges und Remo Gysin (SP); Karl Schnyder (DSP); als *Neue* rechneten sich Chancen aus: Beatrice Alder (SP), Buchhändlerin; Verena Labhardt (POB), Lehrerin; Benjamin Degen (PdA); Eric Weber (Volksaktion gegen zuviele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat).

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges vom 15./17. Januar 1988 seien tabellarisch dargestellt:

Regierungsratswahlen 1988, 1. Wahlgang		
(Absolutes Mehr: 27 167 Stimmen)		
	Gewählt Stimmen	Nicht gewählt Stimmen
Dr. Kurt Jenny	30 663	
Dr. Mathias Feldges	29 394	
Eugen Keller	29 051	
Karl Schnyder	28 714	
Dr. Remo Gysin	28 068	
Dr. Peter Facklam	27 562	
Prof. Dr. H.R. Striebel		24 950
Beatrice Alder		22 700
Verena Labhardt		13 742
Benjamin Degen		7 592
Eric Weber		4 131
Weiter kandidierten und erhielten Stimmen die Herren: Peter Spiess 1 722, Felix Brenner 1 457, Giovanni Saraceno 1 110. Vereinzelt 3 692.		

Dass Kurt Jenny so gut abschneiden würde, war zu erwarten. Es ist das vierte Mal, dass der Finanzdirektor das Feld souverän anführt. Karl Schnyders vierter Rang verwundert die Kenner der Materie nicht. Das Volk hat ein feines Gespür für mutige Männer, die Konzilianz und Härte zu paaren verstehen. Mit etwelchem Stauen hingegen wurden die Resultate, welche Mathias Feldges und Remo Gysin erzielt hatten, zur Kenntnis genommen.

Es ist hier der Ort, vom Riss in der baselstädtischen Regierung zu sprechen. Ein Stadtkanton ohne Hinterland hat seine besonderen Probleme. Rascher als in anderen Städten machen sich extreme Tendenzen bemerkbar.

Die Sozialdemokraten haben leidvolle Jahre hinter sich. Bis zum Jahre 1950 stellen sie die

Mehrheit in der Regierung und während der drei folgenden Jahrzehnte eine schlagkräftige Dreier-Mannschaft. Seit Beginn der 80er Jahre hängt der Hausseggen schief. Hansruedi Schmid tritt aus der SP aus; Karl Schnyder wird Mitbegründer der DSP; Edmund Wyss wird vom harten Kern der SP als lau eingestuft. Die Abspaltung des gewerkschaftlichen Flügels und die Konkurrenzierung durch die POB/POCH zwingen die Sozialdemokraten zur Konzentration. Intellektuelle geben immer stärker den Ton an und leiten einen eigentlichen Prozess der Ideologisierung ein. Auf diesem Hintergrund ist die Haltung der beiden SP-Regierungsräte Feldges und Gysin zu verstehen. Offenkundig weichen die beiden vom Kollegialitätsprinzip ab. Rechtsgerichtete Politiker werfen vor allem Remo Gysin vor, er zeige eine Abneigung gegen eine leistungsfähige Privatwirtschaft und er ziehe im Sektor Spitäler die Dienstleistung unangemessen der Forschung vor; er lege ein missionarisches Sendungsbewusstsein an den Tag. Der mildere Mathias Feldges folgt im Schlagschaten. Die Wahlen in den Regierungsrat von 1988 zeigen klar auf, dass über die Parteigrenzen hinweg der neue Regierungsstil der Sozialdemokraten honoriert worden ist.

Vier Wochen Zeit blieb den Verantwortlichen, um über die Bücher zu gehen, vor allem um über das Abschneiden im ersten Wahlgang zu sinnieren und um daraus für den zweiten Wahlgang die nötigen Schlüsse zu ziehen. Alle hielten sich den alten Grundsatz vor Augen: streiche die Vorzüge des eigenen Kandidaten heraus und versuche, die Schwachstellen des Gegners zu plakatieren. Bis zum ersten Wahlgang waren die Auseinandersetzungen fair, vor dem zweiten kam es zu einigen Tiefschlägen.

Diskussionsthema Nr. 1 blieb: warum musste der bisherige Erziehungsdirektor nochmals ins Rennen steigen? Viele Wählerinnen und Wähler, und zwar aus allen Kreisen, haben es Hans-

Rudolf Striebel übelgenommen, dass er am Tage der Katastrophe von Schweizerhalle die Kinder zum Schulbesuch gerufen hatte. In der Folge wollten die meisten Eltern die Beweggründe nicht zur Kenntnis nehmen. Der frühere Physikprofessor wurde zu einer Art Buhmann stilisiert, der für alle Schattenseiten der Technik geradezustehen hatte. Dazu gesellte sich eine Schar Kulturbeflissener, die dem Erziehungsdirektor zwar Geschäftigkeit, nicht aber Verständnis für kulturelle Dinge attestierten. Eine dritte Gruppe warf Hans-Rudolf Striebel vor – eine gängige Matrise – er entwickle keine tragenden Ideen, sondern verliere sich in Details.

In vielen Podiumsgesprächen standen sich Beatrice Alder und Hans-Rudolf Striebel gegenüber; der Schlagabtausch zwischen beiden war korrekt. Der aufmerksame Zuhörer gewann den Eindruck, dass der Bisherige einen grösseren Erfahrungsschatz in Sach- und Verwaltungsfragen vorweisen konnte.

Am 12./14.2.1988 kam es zum zweiten Wahlgang. Die Stimmbeteiligung betrug rund 43%, wenig mehr als vier Wochen zuvor. Hans-Rudolf Striebel wurde wiedergewählt mit 30 336 Stimmen; Beatrice Alder kam auf die beachtliche Zahl von 26 375 Stimmen und darf für sich in Anspruch nehmen: ich habe fair gekämpft, ich habe würdig verloren. Wann, so fragen sich viele, kommt der Tag, wo eine Frau in den Regierungsrat einzieht? Die Parteien sind gut beraten, wenn sie für die nächsten Wahlen bereits jetzt nach tüchtigen Kandidatinnen Umschau halten.

In Basel ist unterdessen der politische Alltag wieder eingeleitet. Im Grossen Rat ist es zu den ersten Scharmützeln gekommen. Die Exekutive hat sich noch nicht zur tragfähigen Geschlossenheit durchgerungen. Vielleicht sucht der eine oder andere Parlamentarier und Regierungsrat im Rathaus den Spruch: *Salus publica suprema lex* – das Gemeinwohl ist das oberste Gesetz.